

* **Die Lebensmittelnot in Deutschböhmen.** Abg. August Anjorge hielt kürzlich in seinem Wahlbezirk eine Reihe von Versammlungen ab, und zwar in Braunau in Böhmen, in Ritscha (Bezirk Rokitnik), in Siebhübel und Deschnej (Bezirk Neustadt a. B.) und in Dittersbach im Bezirk Braunau. Ueberall wurde dem Abgeordneten Dank und Vertrauen ausgesprochen. In den Versammlungen wurde insbesondere die in Deutschböhmen herrschende Lebensmittelnot besprochen. In der vom Braunauer land- und forstwirtschaftlichen Verein nach Dittersbach einberufenen Versammlung wurde beschlossen, alle berufenen Stellen eindringlichst aufzufordern, dem weiteren Fortschreiten der Lebensmittelnot in Deutschböhmen, insbesondere auch im Bezirke Braunau in Böhmen, mit allen Mitteln Einhalt zu tun. Die Zustände — heißt es in der Entschliebung — sind unhaltbar und bedeuten eine schwere Gefahr für das deutsche Volk in Böhmen und damit auch für den Staat. Das deutsche Volk steht treu zu Kaiser und Reich und es fordert kein Entgelt für seine Vaterlandsliebe, die ihm Herzensbedürfnis ist. Aber verlangen kann es mit Fug und Recht, daß für seine Versorgung mit Lebensmitteln kein schlechteres Maß gelte, als für andere Völker des Reiches. Denn nach der einmütigen Ansicht der Versammlung sind an der die Kräfte des Volkes verzehrenden Notlage in Deutschböhmen in erster Linie die unvernünftig geringen Ablieferungen in den tschechischen Uebersehungsgebieten schuld. Deutschböhmen muß bei den Verteilungen von Lebensmitteln gerecht und seiner teilweise bis zum Elend gesteigerten Not entsprechend berücksichtigt werden und bei der Aufbringung in Zukunft möglichst geschont werden, denn sonst wird die letzte Grenze, unter die der Nahrungsstand der Bevölkerung nicht mehr herabsinken kann, überschritten werden, und die Folgen sind unabsehbar. Insbesondere verlangt die Versammlung eine Befreiung von den Heu- und Strohlieferungen, zumindest aber eine starke Herabsetzung derselben, da sonst bei der Futtermisere 1917 eine Erhaltung des Viehstandes über den Winter nicht möglich wäre und infolgedessen die Erzeugung von Milch, Butter und Fleisch und schließlich der landwirtschaftliche Betrieb überhaupt aufhören muß.